

Neue Weichen für Winterthur

Bei den Gesamterneuerungswahlen im kommenden Februar treten in Winterthur alle bisherigen StadträtInnen wieder an. Trotzdem wollen es die Grünliberalen wissen und schicken ihren Gemeinderat Beat Meier ins Rennen. Warum es «einen wie den Meier» in der Exekutive braucht, erklärt Beat Meier im Gespräch mit Nicole Soland.

P.S.: Fangen wir mit dem ersten Eindruck an: Sie tönen nicht wie ein Ur-Winterthurer...

Beat Meier: Ich bin auf einem Bauernhof in Hohenrain im Kanton Luzern aufgewachsen. Nach der Matura kam ich fürs ETH-Studium, Agraringenieur mit Spezialisierung Agraröko-

die Grünliberalen aufkamen: Plötzlich gab es eine Partei, deren Ansichten zu 80 Prozent mit meinen eigenen übereinstimmten.

Sie waren demnach bis zum Beitritt zur GLP parteilos – und auch nicht in Umwelt- oder sonstigen Verbänden aktiv?

Politisiert wurde ich, wie viele meiner Generation – ich machte 1984 die Matur – aufgrund der Aktionen rund ums AKW Kaiseraugst sowie der Waldsterben- und der Gentech-Debatte. Ich halte mich seither darüber auf dem Laufenden, was bei WWF und Greenpeace, beim VCS und bei Pro Velo oder auch bei der Erklärung von Bern gerade aktuell ist. Durch meine berufliche Tätigkeit bin ich zu-

Zuerst einmal, weil ich unabhängig von den politischen Polen bin. Wir haben jetzt eine rot-grüne Mehrheit, die vor allem die Finanzen nicht im Griff hat. Eine finanzpolitische Wende wäre mit einer bürgerlichen Mehrheit, aber auch mit einem GLP-Sitz möglich. Ich bin der einzige Kandidat, der wirklich diese unabhängige Position in der Mitte abdecken kann. Geht es um Finanzpolitik, gibt es eine grosse Übereinstimmung meiner Positionen mit den Bürgerlichen. Unabhängig bin ich trotzdem, denn ich gehöre nicht zum bürgerlichen Block wie etwa der zweite neue Kandidat, Josef Lisibach von der SVP, der zusammen mit den drei Bisherigen von FDP und CVP eine gemeinsame bürgerliche Kampagne fährt und auch von den Wirtschaftsverbänden unterstützt wird.

Den Meier braucht es wegen seiner Unabhängigkeit – und weshalb sonst noch?

Die Kompetenzen, die ich als Ingenieur und Ökonom mitbringe, sind im jetzigen Winterthurer Stadtrat in zu geringem Mass vorhanden. Ich bin es zudem gewohnt, langfristig zu denken und langfristige Entwicklungen auch als solche zu behandeln; gerade was die Winterthurer Finanzen betrifft, ist es diesbezüglich nicht optimal gelaufen.

Die Winterthurer Finanzen sind erst seit kurzer Zeit in SP-Hand; davor war die FDP-Frau Verena Gick zehn Jahre lang dafür zuständig: Was genau soll eine «bürgerliche Wende» der Winterthurer Stadtkasse bringen?

Dass das akute Winterthurer Finanzproblem einen Vorlauf hatte, ist klar. Das spricht eben gerade dafür, jetzt jemanden mit finanzpolitischem Weitblick zu wählen. Nochmals: Ich sehe mich nicht als Bürgerlichen, aber mein Verhalten in finanzpolitischen Fragen ist sicher nicht vergleichbar mit dem der rot-grünen Mehrheit.

Wo stehen Sie wohnpolitisch? Die GLP macht ja auch mit ihrer kürzlich lancierten Volksinitiative «Schaffe und Wohne z'Winterthur» Wahlkampf.

Ich bin insofern ein typischer Winterthurer, als ich in den 1990er-Jahren zugezogen bin, weil ich hier, in der Wohnstadt Winterthur, eine gute Wohnung fand. Winterthur ist immer noch eine gute Wohnstadt, und das soll

«Die Kompetenzen, die ich als Ingenieur und Ökonom mitbringe, sind im jetzigen Winterthurer Stadtrat in zu geringem Mass vorhanden.»

nomie, nach Zürich. Vor über 20 Jahren zog ich aus beruflichen Gründen nach Winterthur, wo ich mit meiner Partnerin und unserem 17-jährigen Sohn heute verwurzelt bin. Seit 2010 bin ich Mitglied des Grossen Gemeinderats.

Die Grünliberalen Winterthur gibt es seit 2005 – da sind Sie wohl ein Mann der ersten Stunde?

Nein, ich trat der GLP 2008 bei, und ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass ich nie bei den Grünen war und somit auch den Trennungsschmerz nicht kenne, den einige Grüne immer noch haben.

Es gibt auch enttäuschte FDPler, die bei den Grünliberalen landen.

Ich habe in den vergangenen 20 Jahren mehr oder weniger grün abgestimmt und gewählt, hatte dabei aber immer auch ein Auge auf die FDP, deren freiheitlicher, die Selbstverantwortung betonender Ansatz mir entspricht. Doch die wichtigen langfristigen Umwelt- und Gesellschaftsthemen, die für mich zum Liberalen gehören, hat die FDP immer ausgeblendet. Deshalb war es ein Aha-Erlebnis für mich, als

dem stets mit Politik konfrontiert: Fragen danach, mit welchen politischen Massnahmen wir die angestrebten Ziele erreichen, bilden den Schwerpunkt meiner beruflichen Tätigkeit als Inhaber eines Beratungsbüros, das auf Schnittstellenarbeit auf dem Gebiet der Agrar- und Umweltpolitik spezialisiert ist.

Was heisst das konkret?

Ich erstelle Studien und arbeite bei Forschungsprojekten mit, bin aber auch als Berater tätig. Meistens geht es dabei um Themen aus der Landwirtschaft oder dem Energiebereich. Meine Auftraggeber sind häufig öffentliche Institutionen wie etwa das Bundesamt für Umwelt, kantonale Ämter oder auch das Bundesamt für Statistik. Vor kurzem habe ich beispielsweise einen Bericht über die Kosten der Energiewende abgeschlossen; Auftraggeberin war die Schweizerische Energiestiftung.

Und nun treten Sie zu den Wahlen an – mit dem Slogan «Einer wie Meier... fehlt im Winterthurer Stadtrat». Warum braucht es einen wie den Meier?

auch so bleiben. Das Problem ist aber, dass aktuell mit 1500 neuen EinwohnerInnen pro Jahr gerechnet wird, die Arbeitsplätze aber stagnieren oder maximal um 500 pro Jahr wachsen.

Was stört Sie daran?

Winterthur fällt bezüglich Arbeitsplatzdichte zurück: Wir haben noch 57 Arbeitsplätze pro 100 EinwohnerInnen, während der kantonale Durchschnitt bei 60 liegt. Damit schaffen wir es im Vergleich der 20 grössten Schweizer Städte gerade noch auf den 17. Platz, vor Köniz. Es ist deshalb höchste Zeit, Gegensteuer zu geben. Wir können in Winterthur nicht das Wohnungsproblem des Grossraumes Zürich lösen, sonst werden wir zur Schlafstadt.

Bei der Abstimmung vom 22. September zum Verkauf der kleinen Zeughauswiese zugunsten des Baus von hochwertigen Wohnungen in Zentrumslage hatte die GLP die Ja-Parole beschlossen: Gegen teure Wohnungen haben Sie anscheinend nichts?

Es wären keine Luxuswohnungen geworden, sondern zahlbare Wohnungen für den Mittelstand mit Mieten zwischen 2000 und 2500 Franken, und sie wären im zukunftsweisen Null-Energie-Standard gebaut worden. Ich habe vor allem wegen letzterem Ja gesagt sowie wegen des sehr langen Vorlaufs dieses Projekts.

Angesichts Ihrer jüngsten Initiative muss es Ihnen heute gelegen kommen, dass Sie am 22. September auf der Verliererseite waren...

Ich habe auch heute nichts dagegen, dass Wohnungen gebaut werden. Aber ich finde, dass die Entwicklung im Wohnungsbereich zu schnell verläuft. Die Zeughauswiese soll jetzt grün bleiben. Wir sollten mittelfristig noch Landreserven haben, auch in der Innenstadt. Vor allem aber müssen auch die kommenden Generationen noch Entscheidungsmöglichkeiten haben, in welche Richtung es gehen soll.

Die Volksinitiative verlangt hauptsächlich mehr Arbeitsplätze in Winterthur: Wie sollen diese entstehen? Die Stadt kann angesichts ihres Sparprogramms kaum welche schaffen.

Das wäre auch gar nicht meine Absicht. Die Stadt soll nicht Arbeitsplätze schaffen, sondern gute Rahmenbedingungen, und dazu gehören auch die nötigen Flächen: Industrieland, Gewerbeland, Flächen für Dienstleistungen. Winterthur sollte zudem besser bekannt gemacht werden. Wir haben fantastische Voraussetzungen. Es gibt viele Anknüpfungspunkte aus der industriellen Geschichte, aber auch in neueren Bereichen wie Gesundheit, Cleantech und ICT: Die Stadt ist verkehrsmässig sehr gut erschlossen, sie bietet als Hochschulstandort mit der ZHAW ein attraktives Umfeld, und die Mitarbeitenden finden gute Wohnungen und ein breites kulturelles Angebot vor.

Vor kurzem hat der Werkzeugmaschinenhersteller DMG Mori Seiki bekannt gegeben, dass er Winterthur zum Hauptsitz seines Joint-Venture-

Unternehmens DMG Mori Seiki Europe gewählt hat. Diese Nachricht wurde als Grosse Erfolg der Winterthurer Standortförderung gefeiert: Sie fordern mit Ihrer Initiative offensichtlich etwas, was es bereits gibt und was erst noch gut funktioniert...

Ich sagte ja, dass wir gute Karten haben. Aber die Entwicklung bei den Arbeitsplätzen verläuft viel langsamer als im Wohnbereich. Es gibt Leerstände in Gewerbeliegenschaften und noch gewisse Landreserven bei Industrieland. Im Moment ist die Versuchung gross, solche Grundstücke oder Liegenschaften zum Wohnen umzunutzen; doch gibt man ihr nach, dann ist diese Fläche fürs Gewerbe unwiederbringlich verloren. Hier wollen wir mit unserer Initiative Gegensteuer geben. Die Raum- und Zonenplanung soll so ausgestaltet sein, dass sie künftigen Generationen noch Gestaltungsspielraum bietet. Dasselbe gilt für die Finanzen: Wollen wir attraktiv bleiben, dann darf der Steuerfuss, der heute schon 122 Prozent beträgt, sicher nicht auf 127 Prozent steigen, wie das der Stadtrat vorschlägt.

Sie würden demnach lieber sparen: Wo am liebsten?

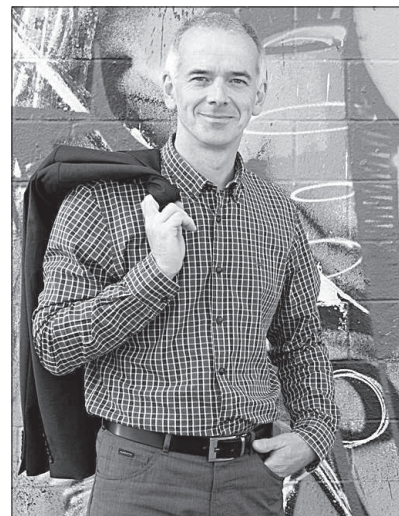
Ich habe schon ein paar Ideen, doch wir sind im Gemeinderat, wie so kurz vor der Budgetdebatte üblich, intensiv am Verhandeln, weshalb ich diese hier nicht im Detail veröffentlichen möchte. Nur soviel: Es gibt innerhalb der Winterthurer Verwaltung Bereiche, die viel stärker gewachsen sind als andere; beispielsweise die Quartierentwicklung, die Informatik oder das Personalamt. Hier lohnt es sich sicher, mal genau hinzuschauen.

Sie sitzen seit 2010 im Grossen Gemeinderat – diese Gelegenheit hatten Sie schon ein paarmal...

Es ist tragisch: Im Grossen Gemeinderat weisen wir seit Jahren ohne Erfolg darauf hin, dass sich finanzielle Ungleichgewichte aufbauen. Vor einem Jahr behauptete der Stadtrat noch, es bestehe erst im Jahr 2014 Handlungsbedarf. Aus heutiger Sicht wäre es natürlich viel einfacher, wenn wir bereits früher angefangen hätten, die notwendigen Prozesse einzuleiten: Seit 2012 haben wir den neuen Finanzausgleich: Hätten wir den neuen Spielraum genutzt und die ausserordentlichen Einnahmen von 17 Millionen Übergangsausgleich und die zusätzlichen 30 Glencore-Millionen auf die Seite gelegt, statt sie einfach in die laufende Rechnung einzuspeisen, dann hätten wir heute ein zusätzliches Polster von fast 50 Millionen und wesentlich mehr Spielraum.

Dafür fehlt Ihnen die Mehrheit – und auch am vergangenen Abstimmungssonntag gehörte die GLP mit ihrer Nein-Parole zur Biorender-Überbrückungsfinanzierung zur Minderheit: Was haben die Grünliberalen gegen Biogas?

Gar nichts. Aber Biorender ist sehr teuer, und vor allem kann die Firma auch die ökologischen Versprechen nicht einhalten. Das ist einfach zu wenig – erst recht, wenn man bedenkt, dass es mit der Verarbeitung von Fleischabfällen zu Tiermehl bereits eine bewährte Alternative gibt.



Beat Meier

Tiermehl kommt bei der Zementherstellung zum Einsatz und hilft somit, das Land noch mehr zuzubetonieren...

Mit Biogas wird Erdgas ersetzt, während Tiermehl Braunkohle ersetzt; bei letzterem ist die CO₂-Einsparung grösser. Bei Biorender geht es darum, während sehr langer Zeit und mit hohen Kosten ein Verfahren zu entwickeln, das einem bereits bewährten Verfahren bloss ökologisch ebenbürtig ist. Momentan ist die Anlage sogar eine Umweltbelastung. Aber die Stimmberechtigten haben anders entschieden. Der Stadtrat muss nun eine Vorlage zur künftigen Finanzierung bringen, und diese werden wir Grünliberale sehr genau anschauen.

Gegen die Energiewende haben die Grünliberalen aber nichts?

Im Gegenteil: Die Energiewende ist auch dank unserem Einsatz in Winterthur gut aufgegleist, insbesondere seit die Stimmberechtigten am 25. November 2012, ganz in unserem Sinne, die 2000-Watt-Gesellschaft befürworteten. Die GLP hat sich übrigens auch sehr stark für den Gegenvorschlag zur Umverkehr-Städteinitiative eingesetzt, Buspriorisierung und gute Bedingungen für VelofahrerInnen sind mir als Alltagsvelofahrer wichtige Anliegen. Die Grünliberalen sind zudem in der laufenden Diskussion um eine neue Parkplatzverordnung klar für eine Anpassung der Werte aus den 1980er- und 1990er-Jahren und somit nicht auf der Seite der Bürgerlichen. Umweltschutz ist für mich nicht eine Frage von links oder rechts. Vielmehr ist es eine Frage der Vernunft, dass wir unsere Lebensgrundlagen und unsere hohe Lebensqualität erhalten.

Wie gut stehen die Chancen, dass Sie am 9. Februar 2014 einen Stadtratssitz erobern?

Die Ausgangslage ist spannend, aber vor allem ist der Wunsch nach Veränderung spürbar: Es brodelt in Winterthur. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung ist nicht nur bei den Finanzen greifbar, und im Stadtrat macht sich jetzt schon Nervosität breit. In dieser Situation biete ich den WinterthurerInnen die Möglichkeit, finanzpolitische Verantwortung bei weiterhin guter Lebensqualität zu wählen. Ich denke, dass dieses Angebot gut ankommt.